



Produktion in Ingolstadt

STEFAN WARTER / AUDI AG

Audi

Betriebsrat fordert Jobgarantie bis 2025

Arbeitnehmer wollen einen Zukunftsplan für die VW-Tochter aushandeln.

Der Autohersteller Audi soll bis zum Jahr 2025 keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen. Das fordert Betriebsratschef Peter Mosch. „In Zeiten des rapiden technischen Wandels brauchen die Beschäftigten bei Audi dringend Sicherheit“, sagt er. Die aktuelle Beschäftigungssicherung läuft im Jahr 2020 aus. Für Mitarbeiter der Schwestermarke Volkswagen hingegen gilt bereits eine Garantie bis 2025. Mosch will mit dem Vorstand nun bis Jahresende eine eigene Zukunftsvereinbarung für Audi und seine rund 60 000 Mitarbeiter in Deutschland aushandeln. Diese soll auch konkrete Zusagen für die Produktion von Elektro-

modellen an den deutschen Standorten Ingolstadt und Neckarsulm umfassen. Die E-Auto-Offensive soll dazu beitragen, die derzeit unterbeschäftigten Werke wieder stärker auszulasten. Mosch fordert zudem neue Jobs in der Batterieproduktion und bei den digitalen Dienstleistungen. „Wir wollen den Vorstand in die Pflicht nehmen, zusätzliche Tätigkeitsfelder zu schaffen“, sagt der Betriebsratschef. Beim Audi-Konkurrenten Daimler handelten die Arbeitsnehmervertreter zuletzt sogar eine Beschäftigungsgarantie bis 2030 aus. Im Gegenzug stimmten sie der Aufspaltung des Konzerns in drei selbständige Sparten zu. sh

Verkehr

Freie Fahrt für den Bahn-Chef

Deutsche-Bahn-Chef Richard Lutz bekommt bei der Besetzung dreier Vorstandsposten weitgehende Mitspracherechte. Das ordnete der scheidende Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) stellvertretend für den Staat

als Alleineigentümer an. Damit reagierte er auf die erneute Absage der Aufsichtsrats-sitzung am vorigen Donnerstag, auf der die neuen Vorstände gewählt werden sollten. Die Entscheidung Dobrindts ist auch ein Zeichen des Misstrauens an Aufsichtsratschef Utz-Hellmuth Felcht,

der laut Satzung für die Auswahl der Kandidaten verantwortlich ist. Den designierten Güterverkehrsvorstand Jürgen

Wilder wollten die Arbeitnehmerseite und die SPD-Mitglieder des Aufsichtsrats aber nicht abnicken. Wilder gab deshalb seinen Rückzug bekannt. Gesetzt ist der-

zeit nur Martin Seiler als Personalvorstand. Die ursprünglich als Digital-Vorstand vorgesehene Professorin Sabina Jeschke ist nicht mehr unumstritten. Wieder im Gespräch ist Martina Koederitz, Managerin von IBM. Die Zeit für Lutz und Felcht drängt. Dobrindt will am 10. November endgültig über alle drei Personalien entschieden haben. gt



MIKE SCHMIDT / IMAGO

Koederitz